



Aigner: Die ländlichen Räume stark machen

Aigner: Die ländlichen Räume stark machen
Demografie Gipfel der Bundesregierung: BMELV stellt Daseinsvorsorge und Wirtschaftskraft in ländlichen Regionen in den Mittelpunkt
Beim ersten Demografie Gipfel hat die Bundesregierung am Donnerstag in Berlin den demografischen Wandel zu einem zentralen politischen Thema gemacht. Gemeinsam mit den Ländern und Gestaltungspartnern in den Regionen arbeitet die Bundesregierung an Konzepten, wie dem demokratischen Wandel in Deutschland begegnet werden kann. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) ist in diesem Prozess ein bedeutender Akteur, vertritt es doch gleichzeitig die Interessen der ländlichen Räume, der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Landwirtschaft.
Der demografische Wandel wird die ländlichen Regionen tiefgreifend verändern. Diese zentrale Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte ist kein abstraktes Phänomen, sondern für die Menschen konkret zu spüren - in ihrem Dorf, ihrer Stadt, ihrem Betrieb oder wenn sie zur Schule oder zum Arzt müssen", sagte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner. "Ziel meiner Politik ist es, die ländlichen Räume stark und zukunftsfähig zu machen. Dabei sind ihre unterschiedlichen Entwicklungspotenziale und regionale Besonderheiten zu berücksichtigen. Die Schere zwischen wirtschaftlich prosperierenden Regionen und peripheren Regionen mit strukturellen Problemen darf sich nicht vergrößern", so Aigner. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz setzt bei der Bewältigung von Problemen wie Abwanderung oder Überalterung auf engagierte Bürgerinnen und Bürger und Initiativen vor Ort, unterstützt diese bei der Verwirklichung Ihrer Ideen und bringt sie mit Projektpartnern zusammen. "Wir brauchen zur Bewältigung des demografischen Wandels Freiraum für kreative Köpfe, die anpacken und etwas verändern wollen", sagte Aigner in Berlin. Mit dem Modellvorhaben "LandZukunft" zum Beispiel unterstützt das BMELV die besonders vom demografischen Wandel betroffenen Regionen Birkenfeld, Dithmarschen, Holzminden und Uckermark mit je 1,8 Millionen Euro. Das Modellvorhaben zielt darauf ab, den demografischen Wandel vor Ort abzubremesen und neue Wege für die Förderung der ländlichen Entwicklung zu erproben, die später auch anderen Regionen Deutschlands zugute kommen.
Um wirksam gegen den demografischen Wandel vorzugehen, arbeitet die Bundesregierung derzeit an ressortübergreifenden Lösungen. Aus diesem Grund wurden beim ersten Demografie Gipfel neun Arbeitsgruppen ins Leben gerufen. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner und Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer leiten gemeinsam die Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Nationalen Koordinierungsrahmens zur Sicherung der Daseinsvorsorge und Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft". Bis zum Frühjahr 2013 wollen sie ein Eckpunktepapier vorlegen, das besonders betroffene Regionen benennt, Überschneidungen, Lücken und Weiterentwicklungsbedarf der bisherigen Förderung identifiziert und klare Handlungsempfehlungen gibt, wie eine angemessene Daseinsvorsorge gesichert und die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen unterstützt werden kann.
Das Thema Demografie hat höchste Priorität für unser Land. Es geht jetzt um konkrete, vorausschauende Maßnahmen, um auch in Zukunft gleichwertige Lebensverhältnisse und faire Entwicklungschancen für die Menschen zu gewährleisten und den regionalen und sozialen Zusammenhalt zu erhalten", sagte Bundesministerin Aigner. Die vom demografischen Wandel betroffenen Regionen dürften nicht in eine Abwärtsspirale aus zurückgehender Bevölkerungszahl, sinkender Attraktivität für Wirtschaft und Einwohner sowie Verschlechterung der Daseinsvorsorge und öffentlichen Infrastrukturen geraten. "Wir brauchen für die betroffenen Regionen spezifische Lösungen, damit die ländlichen Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume attraktiv bleiben", sagte Aigner.
Kontakt:
Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner
Dienstszitz Berlin, Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 1 85 29 - 31 74 / - 32 08
Telefax: 0 30 / 1 85 29 - 31 79
E-Mail: pressestelle@bmelv.bund.de

Pressekontakt

Pressestelle

10117 Berlin

pressestelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

pressestelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.